

Vom Bourgeois zum Citoyen: Partizipation und Politikverdrossenheit in Zeiten der Globalisierung

Das siebte Zukunftskolloquium Politikberatung

„Partizipation und bürgerschaftliches Engagement als Ausweg aus der Politikverdrossenheit?“ lautete der Titel des siebten Zukunftskolloquiums, zu dem die Deutsche Gesellschaft für Politikberatung (degepol), Johanssen + Kretschmer Strategische Kommunikation und Pleon am 27. Februar 2007 in die Niederlassung der Dresdner Bank am Pariser Platz eingeladen hatten. Vor etwa 90 Gästen diskutierten Gesine Schwan (Europa-Universität Viadrina Frankfurt/Oder) und Fredy Müller (Schweizerische Public-Affairs-Gesellschaft) über die Gestaltungsmöglichkeiten etablierter Politik in einer postnationalen Welt, und die Herausforderungen, die sich daraus für Wirtschaft und Gesellschaft ergeben. Durch die Diskussion führten Heiko Kretschmer (Johanssen + Kretschmer) und Cornelius Winter (Pleon).

Hartmut Knüppel, Leiter der Abteilung Public Affairs der Dresdner Bank, eröffnete die Diskussion mit einer Erinnerung an die 60er Jahre: Wurde nicht bereits damals diskutiert, dass die Frage nicht lauten könne, ob politisches Engagement notwendig sei, sondern wie dies zu geschehen habe? Ziel der Politik müsse es wieder sein, die Bürger „mitzunehmen“ und ihnen Entscheidungen und Abläufe verständlicher zu machen. Damit war eine lebhafte Diskussion eröffnet.

Mitbestimmung im persönlichen Umfeld

Bei Partizipation denkt man in Deutschland häufig zunächst an ein kommunales Umfeld. Und natürlich entfaltet politische Partizipation gerade im persönlich erlebbaren Raum eine besondere Strahlkraft, weil jeder Einzelne die Wirkung seines Einflusses auf politische Gestaltung schnell selbst sehen kann: Bei der Einführung von verkehrsberuhigten Zonen, Bauprojekten in der Umgebung etc. Auch eine parteiinterne Mitgliederbefragung, wie sie gerade von der SPD in Hamburg, wenn auch mit fragwürdigem Ergebnis, durchgeführt wurde, dient der Identifikationsverstärkung. Dabei liegt für Gesine Schwan generell der Sinn einer solchen parteiinternen Mitgliederbefragung nicht in erster Linie in der Beantwortung der gestellten Frage, sondern in der Ermittlung des Grads der Zustimmung der Mitglieder. Große Volksparteien stehen aber nicht nur vor der herausfordernden Aufgabe, innerparteiliche Gemeinsamkeiten auszuloten. Eine Volkspartei ist, wie der Name schon sagt, auch auf Rückkopplung mit der Gesamtgesellschaft angewiesen.

Mitbestimmung und -entscheidung als Förderinstrument der politischen Bürgerbildung

Um die Frage zu klären, ob bürgerliche Partizipationsformen einen Ausweg aus der allgemeinen Politikverdrossenheit bedeuten können, erläuterte Fredy Müller das Schweizer Modell und skizzierte es als einen multinationalen Gegenentwurf zum klassischen Nationalstaat. Dieses System basiere auf drei Säulen

- der direkten Demokratie,
- dem Konkordanzprinzip und
- dem stark ausgeprägten Föderalismus.

Diese weit reichende Machtteilung führe dazu, dass Bundespolitiker in der Schweiz wesentlich weniger Bedeutung hätten als zum Beispiel in Deutschland. So sei es Zeichen von Normalität und Bürgernähe, dass Bundesräte (im

Gegensatz zu Bundesministern in Deutschland) ohne besondere Sicherheitsvorkehrungen gemeinsam zum Essen gingen. Der Schweizer Bürger sei der Souverän, die Bundesräte als deren Vertreter in allgemeiner Übereinkunft im Grunde machtlos. Die Schweiz habe eine ausgeprägte Konsenskultur, einen starken Minderheitenschutz und zeichne sich durch gelebte Partizipation aus. Mit Hilfe dieser Mechanismen sei es möglich, die bestimmenden Konfliktlinien der Schweizer Gesellschaft zu entkräften. So werde der traditionelle Gegensatz zwischen Stadt und Land dadurch gelöst, dass großer Wert auf kulturelle Ausdifferenzierung gelegt werde. Die Macht im Bundesrat selbst, aber auch in Kantonsregierungen, werde nach/analog einer „Zauberformel“ verteilt, nach der jede Gruppierung gemäß ihrer langfristigen Bedeutung bedacht wird – und nicht entsprechend des jeweils aktuellen Wahlergebnisses. Bei den Wahlen 2007 gehe es im Grunde allein um die Frage, ob sich die Gewichtung der gesellschaftlichen Kräfte verschoben habe, und die Grünen aufgrund dieser Verschiebung auch einen Bundesrat stellen dürften.

Auch für Tarifkonflikte gäbe es eingeübte Konsensstrukturen: Seit Jahren bestehe ein soziales Partnerschaftsmodell, dessen Intention es sei, nicht alles vom Staat regeln zu lassen, sondern selbst Verantwortung übernehmen.

Gesine Schwan zeigte sich von der dargestellten Schweizer Idylle beeindruckt, setzte aber hinter die Übertragbarkeit dieses Modells ein Fragezeichen. Da auch die Schweiz mit Herausforderungen konfrontiert sei, die auf nationalstaatlicher Ebene nicht zu lösen seien, zeige im Übrigen auch dieses Modell seine Grenzen. Deshalb seien neue Lösungsansätze gefragt. Die Globalisierung und die weltweite Vernetzung von Akteuren machten es unmöglich, dass die Politik die anstehenden Probleme allein bewältigen könne. Dem stimmte auch Fredy Müller zu: Zu viele Probleme würden alleine der Politik übertragen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, forderte er einen Pakt aller betroffenen Akteure, um gemeinsame Problemlösungen zu erarbeiten.

Für die Vermittlung von Problemlagen sei eine geeignete Form notwendig, die erst durch eine bestimmte Art der Aufbereitung über einen längeren Zeitraum breite Bevölkerungsgruppen erreicht und dann auch zur Mitwirkung veranlasst. Der Klimawandel, so Cornelius Winter, sei ein gutes Beispiel dafür, dass eine Verhaltens- und Einstellungsänderung in der Bevölkerung nur möglich sei, wenn Themen auch Verstand, Herz und Bauch berührten. Also als Prob-

lem im persönlichen Nahbereich wahrgenommen würden. Erst die Prägnanz und Zuspitzung dieses Themas habe schließlich zu einem Umdenken geführt. Nicht nur rationale, sondern auch emotionale Anreize seien also erforderlich.

Grenzen politischer Gestaltung

Im Gegensatz zum persönlichen Nahbereich sind bei großen überregionalen bzw. globalen Problemen die Grenzen der bürgerschaftlichen Mitbestimmung enger gezogen. Vielfach sind politische Zusammenhänge inzwischen so weit verzweigt und vielfach miteinander verwoben, dass einer reinen „Stadtteil-demokratie“ keine Möglichkeiten zur Problemlösung verbleiben. So sind beispielsweise Integrationsprobleme einer großen Migrantengruppe heutzutage nicht mehr allein vom betroffenen Stadtteil zu lösen. Unter Umständen noch nicht einmal mehr von der Stadt oder der Region als Ganzem, sondern nur in noch größeren Zusammenhängen. Wie Gesine Schwan eindrücklich zeigen konnte, ist die heutige Problematik somit eine andere als in den 60er und 70er Jahren.

Die weit verbreitete Annahme, dass die Politik unser Leben umfassend steuern könne, sei schon lange nicht mehr realistisch. Selbst die Macht eines Amtes wie das der Bundeskanzlerin sei weitaus geringer, als dies in den Medien vermittelt und in der Bevölkerung geglaubt werde. Während der Einfluss der Politik auf die Wirtschaft nur noch gering sei, bestünden diesbezüglich aber nach wie vor hohe Erwartungen von Seiten der Bürger. Dieses Dilemma könne nur dadurch gelöst werden, dass die Politik sich ihres Machtdefizits bewusst werde und dies auch kommuniziere. Im Gegenzug müsse die Wirtschaft bereit sein, mehr politische und soziale Verantwortung zu übernehmen. „Um es mit den Worten Rousseaus zu sagen: Wirtschaftsakteure müssen sich von ihrer Rolle des Bourgeois hin zur Position des Citoyens entwickeln“, so Schwan.

Zusammenfassend analysierte Heiko Kretschmer, Politik müsse selbst dazu beitragen, verfehlte oder unzeitgemäße Erwartungshaltungen der Bürger an die Politik zu korrigieren. So könne sie die Interpretationshoheit zurückgewinnen und die Rolle des Getriebenen abstreifen: Indem Politik und ihre Vertreter offen und ehrlich über die Grenzen der eigenen Gestaltungsmacht reden. Durch Transparenz und Ehrlichkeit Vertrauen zurückerobern.

Politik darf allerdings nicht aus der Verantwortung entlassen werden. Die Parteien müssten zumindest als Manager einer Agenda fungieren, indem sie Forderungen formulieren, die von Unternehmen und Bürgern auch realisiert werden können und so die Problemlösungsprozesse moderieren, forderte Cornelius Winter.

Insgesamt hätten sich die institutionellen Rahmenbedingungen geändert. Die wirtschaftliche und politische Unabhängigkeit von Nationalstaaten wie in den 60er Jahren gäbe es in dieser Form heute nicht mehr. In der globalisierten Welt bräuchten Menschen aber gerade deshalb einen Ansprechpartner, der die Lösungskompetenz für ihre Probleme besitze.

Möglichkeiten globaler Regulierungssysteme

Hier könnten globale Regulierungssysteme eine entscheidende gestalterische Rolle übernehmen. Wenn die nationalstaatliche Politik in globalisierten Zeiten mit immer weiter schrumpfenden Gestaltungsspielräumen konfrontiert wird, müssen andere Formen von *Governance* gefunden werden. Politik und Wirtschaft muss in der Lage sein, Koalitionen zu bilden *mit* anderen Personen und Institutionen *für* gemeinsame Ziele. Als positives Beispiel führte Gesine Schwan die britische Transparenzinitiative der rohstoffgewinnenden Industrie EITI (Extractive Industries Transparency Initiative) an, die sich zur Offenlegung aller ihrer Zahlungen an Regierung von Ländern, in denen sie tätig sind, verpflichtet haben. So bekämpfen die großen Unternehmen einer Branche großflächig und erfolgreich Korruption in besonders korruptionsgefährdeten Ländern, ohne wirtschaftliche Nachteile in Kauf nehmen zu müssen.

Politik als die Kunst des Möglichen

In einer pluralistischen Gesellschaft müssten Interessen zusammengebracht werden, konstatierte Frau Schwan. Um wieder als gewichtiger Akteur wahrgenommen zu werden, müssten die Parteien Anreize zum Engagement und zur Mitwirkung setzen. Umgekehrt müssten diese Anreize auch aufgegriffen werden. Es müsse ein Umdenken in der Gesellschaft stattfinden, forderte Schwan und erinnerte mit einer an John F. Kennedy angelehnten Forderung dann doch noch einmal an die 60er Jahre: Die Devise dürfe nicht lauten "Was

kann die Allgemeinheit, respektive der Staat, für mich tun?“, sondern „Wie kann ich Verantwortung übernehmen?“. Dies gelte sowohl für die Bürger als auch für die Wirtschaft. Besonders Unternehmen seien angewiesen auf verlässliche rechtliche Rahmenbedingungen und Infrastrukturen. Gerade deshalb müssten sie aber auch bereit sein, ihren Teil beizutragen.

Problemlösungsprozesse benötigen auch Problembewusstsein. Ein Idealfall wäre es daher, wenn sich Betroffenheit mit wirtschaftlichen Anreizen verbinden ließe, stellte Fredy Müller fest. Aber das Podium wollte die Entscheider letztlich doch nicht aus der Verantwortung entlassen: Politiker dürften sich auch nicht vor notwendigen aber unpopulären Entscheidungen scheuen. Somit spiele der Prozess der Vermittlung von kollektiv bindenden Entscheidungen die zentrale Rolle, resümierte Schwan und schloss mit der Forderung, man müsse neue Strategien, Maßnahmen und Instrumentarien der Kommunikation nutzen, um den Bürgern Entscheidungen verständlicher zu vermitteln.

In einem zentralen Punkt war sich das Podium zusammenfassend einig: Partizipation kann ein Beitrag zur Bekämpfung von Politikverdrossenheit sein, und dies vor allem im unmittelbar erlebbaren, persönlichen Umfeld. Insgesamt kann Vertrauen in Politik aber nur wiederhergestellt werden, wenn offen und ehrlich agiert wird. Dazu muss Politik aber auch begrenzte Gestaltungsmöglichkeiten einräumen und Zusammenhänge transparent machen. Politische Gestaltungsmacht im Kontext der Globalisierung zurückzugewinnen, wird nicht nur eine Frage der geeigneten Politikvermittlung sein.